

## Kommentar



**Kerstin Münstermann**  
zum Parteitag  
der FDP

## Lindner wird von seiner Linie nicht abweichen

Die liberalen „Positionen“ wolle er anwenden, eigene Positionen herausarbeiten und stärken: Christian Lindner will seiner durch Landtagswahlen gebeutelten Partei auf dem 74. Parteitag „FDP pur“ vermitteln. Technologieoffenheit etwa, einen klaren finanzpolitischen Kurs mit Einhaltung der Schuldenbremse und der Vermeidung von Steuererhöhungen. Lindner geht es vor allem darum, das liberale Profil in der Regierung mit SPD und Grünen zu bewahren.

Fast anderthalb Stunden nimmt sich Lindner für seine Rede Zeit. Für den glänzenden Rhetoriker ist es eine solide Darbietung. Lindner bekommt Applaus, aber er reißt die Delegierten nicht mit. Man merkt ihm den Balanceakt zwischen den Erwartungen seiner Basis mit den Erfordernissen des Regierens als Bundesfinanzminister in einer schwierigen Dreierkoalition an. Doch die FDP steht geschlossen hinter ihrem Vorsitzenden. Lindner erreicht am späten Nachmittag ein Ergebnis von 88 Prozent. Vor zwei Jahren waren es zwar noch 93 Prozent – aber das war auch kurz vor der Bundestagswahl.

Der Grund für Lindners Werben ist, dass viele immer noch fremdeln mit der Ampelregierung. Inzwischen scheint es kaum mehr ein Politikfeld zu geben, auf dem sich die Koalitionäre nicht verhasen – meistens sind es FDP und Grüne. Das Gesetz zum Heizungstausch aus dem grünen Wirtschaftsministerium ist ein Beispiel. Die FDP-Minister stimmten dem Kabinettsbeschluss am Mittwoch zähneknirschend zu, Lindner ließ aber eine Protokollerklärung aufsetzen, dass das Gesetz im parlamentarischen Verfahren noch geändert werden müsse.

Ein Geschenk aber hat ausgerechnet die CDU den Liberalen gemacht. Die Entwürfe für ein Steuer- und Rentenkonzept sehen eine grundlegende Reform der Erbschaftsteuer und eine Steuererhöhung für Spitzenverdiener vor. Lindner nimmt den Ball dankbar auf und spart nicht an Kritik an der Haushaltspolitik in der früheren Großen Koalition. Der Liberale betont süffisant, dass nun die FDP das Alleinstellungsmerkmal der Nicht-Steuererhöhungspartei habe. Der Wahlkampf in Bremen, Hessen und Bayern lässt grüßen.

Doch mit Blick auf die Regierungsparteien und die Diskussionen um den Haushalt zeigt sich auch: Lindner wird von seinen Positionen nicht weichen. Seine Basis hat ihm am Freitag noch einmal klar gemacht, dass sie genau das auch von ihm erwartet. Für die Koalition bedeutet dies: Die Kontroversen werden weitergehen.

E-Mail: kerstin.muenstermann@rhein-zeitung.net

## Presseschau

**Acht Stunden dauerte der Warnstreik der Bahngewerkschaft EVG, die Folgen waren zu spüren.**

### Frankfurter Rundschau

Während der Corona-Pandemie haben viele Beschäftigte ihre Ansprüche heruntergeschraubt: Kurzarbeit, Nullrunden, Umstrukturierungen. Es ging darum, gut durch die Krise zu kommen, ohne den Job und damit die eigene Lebensgrundlage zu verlieren. Dann kam die Inflation und mit ihr die Erkenntnis: Krise, das ist ein Dauerzustand. Für einen kleinen, reichen Teil der Gesellschaft ist das kein Problem, für die allermeisten Menschen aber heißt das: Sie werden möglicherweise ärmer oder sind es schon. Und das bedeutet: Zurückstecken ist keine Option mehr.



Auf die FDP kommen in diesem Jahr noch schwierige Landtagswahlen zu, das weiß Parteichef Christian Lindner. Schon am 14. Mai wird in Bremen gewählt, wo die FDP schon mehrfach an der 5-Prozent-Hürde scheiterte. Am 8. Oktober wird in Bayern und Hessen gewählt. Foto: Christoph Soeder/dpa

## Das liberale Korrektiv

FDP-Chef Lindner verteidigt beim Parteitag die Strategie in der Verkehrs- und Finanzpolitik

Von Birgit Marschall

**Berlin.** Nach zehn Minuten hat Christian Lindner den Hallo-Wachmoment in seiner Parteirede erreicht. „Das Leben mit Verbrennungsmotor im Thüringer Wald ist nicht schlechter als das mit Lastenrad im Prenzlauer Berg“, ruft der FDP-Chef den 662 Delegierten auf dem Bundestag in Berlin zu. Die FDP habe den Verbrennungsmotor gerettet, freilich müssten die Autos bald mit klimagerechten E-Fuels fahren. Dann nimmt er sich die Letzte Generation vor, die Berlins Straßen lahmlegen will. „Kein noch so edles Motiv kann darüber hinwegtäuschen, dass das Blockieren von Straßen nichts weniger ist als physische Gewalt“, sagt Lindner. Aufbrandender, dankbarer Applaus.

Nach neunehalb Jahren als Vorsitzender stellt sich der 44-jährige Parteichef an diesem Freitagnachmittag erneut zur Wahl. Vor zwei Jahren, wenige Wochen vor der Bundestagswahl, hatten ihn noch 93 Prozent bestätigt. Jetzt liegen eineinhalb Jahre Regierungsbeteiligung hinter dem Bundesfinanzminister und fünf verlorene Landtagswahlen. In drei Ländern scheiterte sie an der 5-Prozent-Hürde, in zweien flog sie aus der Regierung. Lindner hatte danach angekündigt, die FDP in der Am-

pelregierung sichtbarer machen zu wollen. Mit Verhandlungserfolgen beim Verbrennungsmotor oder im jüngsten Koalitionsausschuss, in dem die FDP den Bau von 145 Autobahnprojekten gegen den Willen der Grünen durchsetzte, ist ihr das gut gelungen. Überhaupt gehören die Autofahrer zum Kern der FDP-Klientel, wie Lindner auch an anderer Stelle deutlich macht: Eine Reform der Besteuerung von Dienstwagen, von den Grünen zur Haushaltskonsolidierung vorgeschlagen, kommt für ihn ebenso wenig infrage wie Fahrverbote.

### Keine harten Worte an die Grünen

Auffallend zahm bleibt Lindner dagegen beim umstrittenen Thema Heizungstausch, dem jüngsten Klimaprojekt des grünen Vizekanzlers. Die Ampelregierung muss nach den vielen Misstönen der letzten Wochen jetzt auch irgendwie weiter funktionieren, und deshalb arbeitet sich Lindner lieber an der Union ab als an SPD und Grünen.

Aus der CDU waren in dieser Woche Entwürfe für das neue Grundsatzprogramm bekannt geworden. Was die Union da an Reformen im Steuersystem plant, ist für sie vergleichsweise revolutionär: Kleine und mittlere Einkommen will sie zulasten höherer Einkommen entlasten. Um den so genannten „Mittelstandsbauch“ im

Einkommensteuertarif „abzuplachten“, soll der Spitzensteuersatz für Besserverdienende steigen. Für Lindner ist das ein gefundenes Fressen: Nach seiner Schätzung müsse der Spitzensatz auf 57 Prozent steigen, wenn das CDU-Konzept aufgehen solle. Es sei ungerrecht, wenn Leistungsträger „mehr von ihrem Einkommen abgeben müssen, als sie selbst behalten dürfen“, sagt Lindner unter viel Beifall. Noch lauter wird die Zustimmung, als der FDP-Chef auch die von der Union geplante Pauschalbesteuerung für Erben, eine sogenannte Flat Tax, anprangert.

Lindner hat als Finanzminister harte Wochen vor sich. Er will die Schuldenbremse einhalten und Steuererhöhungen verhindern, doch im Bundeshaushalt 2024 klafft ein Defizit von 20 Milliarden Euro oder mehr. Das lässt sich ohne höhere Schulden oder Steuern nur durch Sparmaßnahmen schließen, die innerhalb der Ampelkoalition aber höchst strittig sind. Doch erneut knöpft sich der Minister die Union vor. Die Vorgängerregierung habe die staatlichen Leistungen immer mehr ausgeweitet, etwa mit der Rente mit 63, ohne für deren dauerhafte Finanzierung zu sorgen. „Jetzt kommt der Bumerang der unsoliden CDU-Finanzpolitik zurück. Die Politik muss neu lernen, mit dem Geld auszukommen, das

ihnen die Bürgerinnen und Bürger zur Verfügung stellen“, sagt Lindner. Er verschweigt dabei, dass die Rente mit 63 ein Lieblingsprojekt der SPD in der Großen Koalition gewesen ist, die nun den Bundeskanzler stellt.

### Applaus für Strack-Zimmermann

Von den Grünen bekommt namentlich allein NRW-Wirtschaftsministerin Mona Neubaur (Grüne) einen Rüffel von Lindner. Die Vizepräsidentin will nämlich den mit ursprünglich 200 Milliarden Euro gefüllten Wirtschaftstabilisierungsfonds (WSF) anzapfen, um den hohen Industriestrompreis herunter zu subventionieren. Sein WSF-Gesetz schließe die zweckfremde Verwendung der Mittel aus, so Lindner. Zudem sei es geradezu absurd, erst die drei letzten funktionierenden Atomkraftwerke abzuschalten, wodurch die Strompreise weiter stiegen, um dann hinterher mit Staatsgeld die Preise wieder zu senken.

Am Ende bestätigt der Parteitag Christian Lindner mit 88 Prozent im Amt. Nur eine stellt ihn an diesem Tag in den Schatten: die Bundestagsabgeordnete Marie-Agnes Strack-Zimmermann. Die 65-jährige Verteidigungsexpertin hat sich entschieden, Spitzenkandidatin der FDP bei der Europawahl zu werden und erntet dafür tosenden Beifall.

## Leserbriefe

Rhein-Zeitung  
Leserbriefe  
56055 Koblenz  
Fax: 0261/892-122  
leserbriefe@rhein-zeitung.net

**Bischof Ackermann zeigt sich erschüttert über den neuen Missbrauchsskandal und erklärt, wie die Aufarbeitung erfolgen soll.**

## „Mitleid mit dem Bischof“

Für Bischof Ackermann empfinde ich nur noch Mitleid. Es mag sein, dass er sich zwölf Jahre als Missbrauchsbeauftragter der Deutschen Bischofskonferenz leider weitgehend erfolglos bei der Aufklärung der Missbrauchsfälle persönlich bemüht hat, aber er hatte als „kleiner“ Bischof gegen die allmächtigen Kirchenfürsten vom Schlage der Herren Ratzinger, Müller, Marx, Zollitsch, Lehmann und so weiter von Anfang an keine Chance. Dies verwundert aber nicht, weil diese Gottesmänner zum Teil auch selbst, zumindest passiv und/oder durch ausgeprägtes Desinteresse in diese Verbrechen verstrickt waren.

Jetzt irrlüchert Herr Ackermann in seinem Bistum herum und weiß nicht mehr, wo vorne und hinten ist. Dazu zählt auch die Einsetzung einer Kommission zu den Missbrauchsfällen, deren Vorsitzender, wie zu lesen war, seltsame Ratschläge zum Umgang mit Beweismaterial gibt, und der man sage und schreibe bis 2026 Zeit lässt, um zu irgendwelchen Ergebnissen zu kommen. Vielleicht hofft man ja auch darauf, dass sich nach derart langer Zeit (die Aufdeckung des Skandals begann 2010 im Canisius-Kolleg) die Zahl der Missbrauchssopfer biologisch verringert oder viele Menschen nur noch ermüdet ein Ende dieser Thematik herbeisehnen.

**Wolfgang Breitbarth,  
Emmelshausen**

**Der Wohnungsneubau droht generell einzubrechen, warnen die führenden Verbände der Bau- und Wohnungswirtschaft beim Wohnungsbautag in Berlin.**

## „Ampel schafft das Bauen ab“

Der Wohnungsbau droht nicht einzubrechen, er ist eingebrochen. Immer neue Vorschriften, immer neue Aussagen und damit verbundene Unsicherheiten, immer mehr Kürzungen in der Förderung des Einfamilienhaus- beziehungsweise Wohnungsbaus machen das Bauen für den Normalverdiener unerschwinglich bis unmöglich. Die Ampelregierung schafft das Bauen in Deutschland ab.

**Uwe Orthey, Lochem**

## Impressum

**Rhein-Zeitung**  
und ihre Heimtausgaben

Herausgeber und Verlag:  
Mittelrhein-Verlag GmbH, Koblenz

Verleger: Walterpeter Twer  
Geschäftsführer: Thomas Regge

Chefredakteur: Lars Hennemann.  
Stellvertretender Chefredakteur: Thomas Haag.  
Mitglieder der Chefredaktion: Nina Borowski, Maximilian Eckhardt (beide Digitales), Dirk Kurz (Redaktionsmanagement).

Leitende Redakteure: Themenmanagement: Tim Kosmetschke, Anke Mersmann. Lokales: Markus Gerhold. Chef vom Dienst: Jörg Peter Herrmann.

Zentralredaktion: Nachrichten und Produktion: Birgit Piel (Ltg.), Dr. Jörg Hilpert, Kathrin Hohberger, Stefanie Lanzeth. Reporter: Dirk Eberz, Christian Kunst, Johannes Mario Löh, Cordula Sailer. Landeskorrespondent: Bastian Hauck. Kultur: Claus Ambrosius (Ltg.), Stefan Schalles. Sport: Jochen Dick (Ltg.), Alessandro Fogolin, Klaus Reimann, Sven Sabock. Sonderaufgaben: Angela Kauer-Schöneich, Petra Mix, Regina Theunissen.

Digitalredaktion: Maurice Brüseke, Lukas Eberding, Fabian Herbst, Finn Holitzka, Kevin Rühle, Niels Stern, Fabian Strunk, Svenja Wolf. Creative Director: Jens Weber. Webmaster: Thorsten Schneiders.

Wir beziehen die Nachrichtenagenturen dpa und epd.

Kontakt zur Zentralredaktion: Mittelrheinstraße 2-4, 56072 Koblenz, Tel. (0261) 9836-5000, Fax (0261) 892-770. E-Mail: redaktion@rhein-zeitung.net

Mittelrhein-Verlag, Mittelrheinstraße 2-4, 56072 Koblenz (zugleich ladungsfähige Anschrift für alle im Impressum genannten Verantwortlichen), Tel. (0261) 892-00, Fax (0261) 892-770, Internet: www.rhein-zeitung.de

Anzeigen: rz-Media GmbH, Mittelrheinstraße 2-4, 56072 Koblenz. Geschäftsführung: Evangelos Botinos

Druck: Industrie Dienstleistungsgesellschaft mbH, 56055 Koblenz, Geschäftsführerin: Dr. Ulrike Schröder

Zum Druck verwenden wir Recycling-Papier mit einer Altpapierquote von mindestens 70 Prozent

### Gegen den Strich von Jürgen Tomicek



Klebe-Aktivist